

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Brünings Heimkehr.

Heute Veröffentlichung des Finanzprogramms der Regierung.

Der Reichskanzler ist wieder in Berlin eingetroffen. Das Reichskabinett wird am Nachmittag zusammentreten, um den Bericht des Kanzlers über seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten entgegenzunehmen.

Am Anschluß daran werden nach der Bekanntgabe des Finanzprogramms der Regierung die Fraktionen zusammentreten. Man nimmt an, daß dann die Entscheidung der Volkspartei über ihre zukünftige Haltung fällt.

Finanzminister Dietrich. Eine demokratische Begrüßung.

Das „Berliner Tageblatt“ begrüßt den neuen Finanzminister mit folgenden Sätzen:

„Der Minister Dietrich hat Mut gehabt, dieses Amt unter den heutigen Umständen zu übernehmen. Ob dieser Mut kein Uebermut war, wird man erst beurteilen können, wenn man sein Deckungsprogramm sieht, dessen vorherige Genehmigung durch das Kabinett er zur Vorbedingung seiner Annahme des Finanzministeriums gemacht hat.“

Herr Dietrich, über dessen kurze Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister nichts zu sagen ist, hat vorher als Reichsernährungsminister Klugheit und Energie bewiesen, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß er damals die Arelse, die ihn als ihren politischen Freund betrachteten, durch allzu große Gefügigkeit gegenüber protektionistischen Forderungen der Landwirtschaft vielfach enttäuscht hat.“

Bauern gegen Arbeiter.

Bauernpartei beantragt Lohnsenkung.

Die Christlich-nationale und die Deutsche Bauernpartei haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, umgehend einen Gesetzentwurf mit dem Ziele einer allgemeinen und unbefristeten Senkung aller von öffentlichen und privaten Arbeitgebern bezahlten Gehälter und Löhne zwecks Senkung des allgemeinen Preisniveaus und der Befähigung der öffentlichen und privaten Finanzwirtschaft vorzulegen.

Ein weiterer Antrag der gleichen Parteien ersucht die Reichsregierung, angesichts der die kommende Ernte in vielen Teilen des Reiches aufs äußerste gefährdenden Dürre gegenüber der hieron betroffenen Landwirtschaft von der Einziehung aller Reichssteuern Abstand zu nehmen und diese nach Feststellung der Schäden zu erlassen sowie auf die Landesregierungen einzuwirken, daß das gleiche Verfahren hinsichtlich der Landes- und Gemeindesteuern angewandt wird.

So werden die Bauern um Sympathie bei der Arbeiterschaft: Befreiung der Landwirtschaft von den Reichssteuern, aber Senkung aller Arbeiterlöhne und Gehälter! So unverfroren dieser Antrag ist, so blödsinnig ist er im übrigen unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt. Er ist ein Ausfluß stockreaktionärer Besinnung.

Das Roggenbrotgesetz.

Ein neuer Gesetzentwurf der Regierungsparteien.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beriet heute von neuem das in der ersten Lesung von den Rechtsparteien im Ausschuss abgelehnte Roggenbrotgesetz. Die Regierungsparteien haben einen neuen Gesetzentwurf eingebracht, der in bezug auf Vermahlung und Deklarationszwang ungefähr des gleichen Inhalts ist, wie der von der Koalitionsregierung vorgelegte Entwurf, doch fehlt ihm dessen Kernstück, der Verkauf von Brot nach Gewicht. Von der Wiedereinbringung dieses Paragraphen wird die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem Roggenbrotgesetz in der Hauptsache abhängen.

Sowjetunion bekommt kein Kriegsmaterial. Staatssekretär Stimson teilte mit, daß die Sowjetregierung Militärflugzeuge, Unterseeboote und Munition von amerikanischen Firmen zu kaufen versucht habe. Stimson hat erklärt, daß das Staatsdepartement derartige Geschäfte nicht billigen könne. Die amerikanische Politik werde unverändert bleiben, selbst wenn andere Länder Waren beziehen.

Furchtbare Drohung (Siehe Sachsen)



Keinen Pfennig Kolopfer, — oder ich ... trete zurück!

Blick in Dynamittransport.

Ein Bagger fliegt in die Luft. — 31 Todesopfer.

New York, 27. Juni.

In der Nähe von Brockville in der Provinz Ontario in Kanada wurde am Donnerstag ein mit 20 Tonnen Dynamit beladener Bagger auf dem St. Lorenzstrom vom Blich getroffen. Das Dynamit flog in die Luft, wobei der Bagger völlig zerstört wurde. Nach den bisherigen Feststellungen sind von den auf dem Bagger befindlichen 42 Personen 31 umgekommen. Elf Personen, die bei der Explosion über Bord geschleudert wurden, wurden später in schwer verletztem Zustande aufgefischt. Das Dynamit sollte zu Sprengungen im Flußbett des St. Lorenzstromes verwendet werden.

30 Tote im Straßenkampf.

Umsturz in Bolivien.

Buenos Aires, 27. Juni. (Eigenbericht.)

Bolivien ist durch die Telegrammjensur von der Außenwelt abgeschnitten. Die Revolutionäre sind nach peruanischen und chilenischen Berichten siegreich. Die Truppenteile in den Hauptstädten verbrüderten sich mit den Aufständischen im Innern des Landes. Expräsident Siles ist angeblich in die amerikanische Gesandtschaft geflüchtet. Spätere Meldungen bezeichnen ihn und die Regierungsmitglieder als Gefangene der Aufständischen.

Am Sonntag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Studenten und Arbeitern in der Hauptstadt La Paz. Maschinengewehre wurden gegen die Kämpfenden eingesetzt. 30 Tote und 100 Verwundete, darunter zahlreiche Frauen, blieben auf dem Platz.

Nothaushalt verlängert.

Stegerwald über Lohnsenkung und Arbeitslosenversicherung.

Der Reichstag nahm heute vormittag ohne Debatte in 3. Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten die Verlängerung des Nothaushalts an.

In der fortgesetzten Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes und die Handelsverträge mit Polen und Oesterreich spricht Abg. Hörnle (Komm.) gegen die in den Handelsverträgen fixierten hohen Zölle und den Schleuderelexport unter dem Schutz von Zöllen und Einfuhrsteuern.

Abg. Dr. Schnee (D. Sp.) spricht für Erhöhung der Mittel für Auslandskulturpolitik und den Verein für das Deutschtum im Ausland. Die ehemals deutschen Kolonien in Ostafrika dürfen nicht von England einfach annektiert werden. Die englische Arbeiterregierung treibt imperialistische Außenpolitik. Deutschland kann nicht auf Ueberseesolonien verzichten.

Abg. Eichenberger (Dt. Bauernp.): Glauben Sie nicht, daß ich in die verwickelten Finessen der Außenpolitik hineinleuchten will. Wir haben doch auch im Innern genug babylonische Verwirrung. (Zustimmung und Heiterkeit.) Die Polen haben von uns schon genug bekommen. Damit sollten sie zufrieden sein und nicht neue Zugeständnisse auf Kosten unserer Landwirtschaft erhalten. Dieser Handelsvertrag gibt den Polen die Macht, die deutschen Schweinezüchter ganz auf den Hund zu bringen. (Heitere Zustimmung rechts.) Das Richtige wäre überhaupt das Einfuhrmonopol. Der Redner spricht dann gegen den Handelsvertrag mit Oesterreich, der die oberbayerischen Sägewerke schwer bedrohe, obwohl sie schon Opfer des gefährlichen Steuerfrohndills seien. Die Partei des Redners werde den Handelsvertrag mit Oesterreich ablehnen.

Abg. Dr. Wendhausen (Chr. Nat. Bauernp.): Der wahre französische Locarnogeist wird durch die Verhöhnung gekennzeichnet, die in den Worten des französischen Generals Guilleumat und des französischen Generalsstaatsanwalts liegt, daß die Befehlungsarmee und ihre Militärgerichtsbarkeit in gutem Andenken bei der Bevölkerung bleiben. Wir sind lieber gute Deutsche als Paneuropäer unter französischer Oberherrschaft. Panuropa bedeutet die Abschaffung unserer Zollhoheit und darum die wirtschaftliche Katastrophe. Wir fordern rückhaltlose Handelspolitik, besonders gegen Polen, das mit Rechts-

brüchen und wilder Hege gegen uns vorgeht. Deutschland brauchte etwas vom Geist Ungarns, das niemals den Trianon-Frieden anerkannt hat und bei jeder Gelegenheit dies kundgibt.

Abg. Dr. Bess (Ztr.) spricht gegen den Rückbruch der Völkerbundsmandate und für die Ergänzung der Räden des Völkerrechts, die der Weltkrieg gezeigt hat. Wir müssen nach internationaler Gleichberechtigung streben und auf dieser Basis die Wiedergeburt des zersplitterten Europas besiegeln lassen.

Abg. Cavertanz (Dnat.): Die Kolonialfrage wird von rechts bis links als deutsche Lebensfrage anerkannt. (Widerpruch links.) Wir dürfen uns in der Mandatsfrage nicht mehr so zaghaft zurückhalten, sonst nehmen uns andere die Möglichkeit zur Erweiterung unserer Rohstoffbasis.

Abg. Dr. Rühl (Dem.) lehnt sich ebenfalls für eine friedliche Kolonialpolitik ein und weist auf Bundesgenossen Deutschlands in dieser Frage hin. Die kaiserliche deutsche Kolonialpolitik war weit entfernt von reinem Imperialismus und Militarismus. (Widerpruch links.)

Abg. Dr. Lüders (Dem.) wünscht Förderung des internationalen Studentenaustausches und Verwendung von Frauen im diplomatischen Dienst.

Die Debatte schließt, die Abstimmungen sind am Dienstag, die Handelsverträge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Es folgt der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, zunächst nur Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über Arbeitslosenversicherung.

Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald:

Der Kapitalzufluß nach Deutschland hat zum großen Teil aufgehört. Die Finanznot hat das Vertrauen in die Staatswirtschaft erschüttert. Das Baugewerbe leidet auch unter der Verzögerung der Staatserledigung:

für die öffentliche Bauwirtschaft der letzten fünf Jahre muß ich jede Verantwortung ablehnen, ich stand in scharfem Gegensatz zu der Politik der damaligen Regie-

